

# Bericht der Superintendentin für die Kreissynode Wied am 07.11.2008

## 1. Geduld ohne Vision wäre blind. Vision ohne Geduld wäre leer. (Leo Baeck)

Verehrte hohe Synode, liebe Gäste,

Am 12. März 2008 wurde im Roentgen-Saal des Kreismuseums Neuwied der Johanna-Löwenherz-Preis 2007 – Ehrenpreis des Landkreises Neuwied - verliehen. Die Preisträgerin war Dr. Elisabeth Fries, die in Neuwied aufgewachsen ist und später als Ärztin in den Osten der heutigen Republik Kongo ging. Heute leitet Frau Dr. Fries die praktische Arbeit von Refugio Stuttgart e.V.. Dieser Verein betreut Menschen, die durch Flucht, Vertreibung und Folter traumatisiert wurden und in unserem Land Zuflucht suchen. Die Evangelische Friedenskirchengemeinde Neuwied und der Kreissynodalvorstand hatten Frau Dr. Fries für den Johanna-Löwenherz-Preis vorgeschlagen. Von Anfang an hat die (ehemalige) Johanneskirchengemeinde die Arbeit von Frau Dr. Fries im Kongo unterstützt und regen Anteil an den Vorgängen im Kivu-gebiet um Goma, Bukavu und Nundu, den früheren Einsatzort von Elisabeth Fries, genommen.

Seit August, als wieder Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellenorganisationen aufflammten und Hunderttausende von Menschen ihre Dörfer verließen und auf die Flucht gingen, erscheinen in den Nachrichtensendungen hier und da einmal Bilder und kurze Nachrichten aus dem Ostkongo. Wem ist bewusst, dass dort seit 1996 in dem weltweit blutigsten Konflikt seit dem 2. Weltkrieg über 5 Mio. Menschen ihr Leben verloren haben? Zusammen mit anderen Entwicklungshelfern, die heute wieder in Deutschland leben, hat Elisabeth Fries den Verein ProKivu gegründet. Er sammelt Informationen und verbreitet sie. Er organisiert Hilfe für die Menschen vor Ort.

Dr. Fries erzählt von dem Lebenswillen und der unerschütterlichen Hoffnung auf Frieden, die die Menschen im Ostkongo aufrecht hält. Ich zitiere aus ihrer Rede zur Preisverleihung: „... die Überlebenden geben nicht auf. Militärische Brutalität gegen die Bevölkerung in den Dörfern des Ostkongo treibt die Menschen als Binnenflüchtlinge in die Städte; Bukavu am Kivusee z.B. scheint aus den Nähten zu platzen und seine Infrastruktur reicht längst nicht mehr aus für die Massen der Bewohner. Dennoch geben die Menschen nicht auf.

Die Zahl der Opfer von sexueller Gewalt und Folter durch Milizen und Banden übertrifft 250 000 (die Zahl der Todesopfer beim Tsunami 2004). Wenn sie überleben, dann mit seelischen Traumata, körperlichen Behinderungen oder mit HIV/AIDS. Das für den Zusammenhalt einer kollektiven Gesellschaft wichtige, traditionelle soziale Netz hat Risse bekommen unter der Wucht dieser Angriffe. Dennoch geben die Frauen nicht auf.

Als sei dies nicht genug, wurde die Gegend von Bukavu und das benachbarte Ruanda am 03.02.2008 von einem Erdbeben der Stärke 6 getroffen. Im Rahmen von ProKivu e.V. erhalten wir mails und Telefonate von unserer Partnerorganisation, die über Nachbeben berichten und von dem Stress sprechen, dem die Menschen ausgesetzt sind. Dennoch geben die Betroffenen nicht auf.

... Was dem Besucher ins Auge springt, ist die sehr lebendige, sehr junge Bevölkerung – fast jeder zweite ist 15 Jahre und jünger! Mädchen und Jungen, die in der Lage sind, selbst ihr Schulgeld zu erwirtschaften, Jugendliche, die ihren Stadtteil sauber halten und Behinderte, die einen Beruf erlernen, sind in einer solchen Situation Hoffnungsträger, denn sie werden nicht zur Waffe greifen, sondern ihr Land aufbauen. Lassen wir sie dabei nicht allein!“<sup>1</sup>

Als 2006 eine UNICEF-Delegation nach zwei Kriegen die Krankenhäuser im Kongo besuchte, fand sie – gegen alle Wahrscheinlichkeit - eine funktionsfähige medizinische Arbeit in Nundu vor und erlebte überrascht das Pflegepersonal im Einsatz! Für Elisabeth Fries ist dieses geduldige Aushalten in aussichtsloser Lage ein Ausdruck christlicher Hoffnung. Never ever give up – Mut, der aus dem Glauben kommt, dass „der Herr die Sache der Elenden führen und den Armen Recht schaffen wird“ (Psalm 140,13). Wir geben nicht auf, weil Gott und die Menschen uns nicht aufgegeben haben.

Im Eröffnungsgottesdienst der Synode haben Jugendliche aus unserer Mitte von ihrem Besuch in unserem Partnerkirchenkreis Maybrat in West Papua berichtet. Sie haben sich mit offe-

---

<sup>1</sup> Quelle: [www.refugio-stuttgart.de](http://www.refugio-stuttgart.de)

nen Augen und bewegtem Herzen auf das Leben unserer Geschwister in Indonesien eingeladen und die Verbindung zwischen Christinnen und Christen in Wied und Maybrat erneuert und bekräftigt. In West Papua herrscht kein Krieg. Aber die Lebensgrundlagen der einheimischen Papua-Bevölkerung werden systematisch und nachhaltig vernichtet - von mächtigen internationalen Konzernen, mit Unterstützung der eigenen Regierung in Jakarta und abgesichert durch das Militär. Mehrere christliche Kirchen in West Papua haben sich in einer Aktion: „Papua – Land des Friedens“ verbündet und setzen sich öffentlich, mit aller Kraft und friedlich dagegen zur Wehr in der Gewissheit, dass „der Herr die Sache der Elenden führen und den Armen Recht schaffen wird“ (Psalm 140,13).

Die Ereignisse der letzten Wochen haben uns bewusst gemacht, wie schnell auch auf uns bedrohliche Krisen zukommen können. Die Menschen, von denen Elisabeth Fries und unsere Jugenddelegation berichten, leben schon lange mitten in der lebensbedrohenden Krise. Sie leben mit der Vision von Gott, der Gerechtigkeit schafft, und der Geduld, die trotzig und getrost aushält. Vision ohne Geduld wäre leer. Geduld ohne diese Vision blind. Das können wir lernen von unseren Geschwistern in Asien und Afrika.

## **2. Pfarrdienst**

### **2.1. Auswertung der Pfarrstellenkonzeption 2004 - 2008**

Im Februar 2004 hat der Kreissynodalvorstand den Gemeinden eine Pfarrstellenkonzeption vorgelegt, die den Zeitraum 2004 bis 2008 umfasste. Sie ging von drei grundlegenden Annahmen aus, nämlich 1. sinkenden Einnahmen und erforderlichen Einsparungen, 2. einer Gerechtigkeitslücke in der pastoralen Versorgung und einem notwendigen „innersynodalen Pastoralgleichgewicht“ und 3. den beschränkten Möglichkeiten für Personalplanung und der daraus folgenden Orientierung an natürlichen Veränderungen in den Pfarrstellen durch Wechsel oder Ruhestand. Von der Konzeption waren absehbar die Gemeinden Honnefeld, Altwied, Niederbieber, Bad Hönningen und Feldkirchen betroffen. Für Raubach und Dierdorf war ein Anstoß enthalten, mit dem aber keine konkrete Ankündigung verbunden war. Es war nicht vorhersehbar, dass Herr Seidler die Vorruhestandsregelung in Anspruch nehmen würde.

Um sinnvoll weiterplanen zu können, muss ausgewertet werden, was aus dieser Konzeption geworden ist. Wie wurde sie umgesetzt? Was können wir aus den Folgen lernen?

1. Die Einsparziele wurden schneller als erwartet und dort, wo sie geplant waren, erreicht. Die Schritte zu diesem Ziel erfolgten allerdings oft anders, als der Kreissynodalvorstand voraussehen konnte. Der Grund dafür ist, dass die Konzeption zwar konkrete Umsetzungsschritte beschrieben hatte, aber für Varianten offen war. Davon haben betroffene Kollegen und Presbyterien Gebrauch gemacht. Das geschah ohne Absprache mit dem Kreissynodalvorstand, aber im Rahmen seiner Zielvorgaben.

Ich schließe daraus: Es ist sinnvoll, eine Konzeption mit klaren Zielvorgaben und Wegbeschreibungen vorzulegen. So entstehen nicht nur Denkbewegungen, sondern auch Anregungen zum Handeln. Betroffene können sich an der Vorgabe orientieren und entwickeln selbst weitere, unerwartete und unvorhersehbare, gleichwohl zielführende Möglichkeiten für sich. Es heißt weiter, auch wenn - wie in unserem Falle - keine breite und öffentliche Diskussion zustande kommt, setzen sich die Presbyterien mit den eröffneten Perspektiven auseinander.

Zur möglichst umfassenden Wahrnehmung gehört die Feststellung, dass die erheblichen Einsparungen durch Reduzierung der Pfarrstellen im Haushalt der Gemeinden so gut wie nicht bemerkt wurden. Die mit sinkender Stellenzahl sinkenden Kosten wurden von anderen Entwicklungen geschluckt. Im Bereich Pfarrdienst sind die rasant steigenden Kosten für die Versorgungssicherung zu nennen. Die Umstellung der landeskirchlichen Umlagen auf das Pro-Kopf-Prinzip hat ein Übriges getan. Deshalb sage ich ausdrücklich, um es klar zu machen. Hätten wir die seit 2004 eingesparten dreieinhalb Stellen heute noch, wäre die Pfarrstellenumlage um 213.822,- € höher.

2. Mindestens so wichtig wie die erreichten Einsparziele ist die gewachsene Zusammenarbeit zwischen Gemeinden. Zwei Fusionen und zwei Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im pastoralen Dienst sind für die davon betroffenen haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden sicher eine Herausforderung. Aber wenn ich die Signale richtig verstehe, sind sie auch eine Be-

reicherung, eine Unterstützung und eine Erweiterung des eigenen Horizontes, ich hoffe: eine Öffnung der Gemeinden.

Dass dabei Schwerpunktbildungen im Pfarrdienst möglich werden, halte ich ebenfalls für einen Gewinn. Der pastorale „Gemischtwarenladen“ – der Pfarrer als Alleskönner, die Pfarrerin als Rundumversorgerin – hat nichts mit der Lehre des Paulus von den Gaben des heiligen Geistes zu tun. Die baut umgekehrt gerade auf das, was wir nicht können. Nicht: jeder kann alles und muss alles können. Sondern: weil der eine das und die andere jenes kann, deshalb brauchen sie sich zur wechselseitigen Ergänzung. Das gilt für Pfarrer(innen) und für Gemeinden im Ganzen auch.

3. Nicht erreicht haben wir durch die Umsetzung der Konzeption den „innersynodalen Pastoralenausgleich“. Das heißt, die Gemeinden unterscheiden sich nach wie vor erheblich, was ihre Größe und den Umfang der pastoralen Versorgung angeht. Zwar stehen an den beiden extremen Enden der Skala jetzt andere Namen, aber weil Gemeinden gewachsene Gebilde sind, die sich immer weiter und sehr unterschiedlich entwickeln, bleibt der Ausgleich schwierig. Dieser Aspekt wird deshalb weiter eine Rolle spielen.

4. Die Initiative für die Konzeption 2004-2008 ging vom Kreissynodalvorstand aus. Wir haben sie erarbeitet und die Umsetzung in den Grenzen unserer Möglichkeiten gesteuert. Die Kirchenordnung sah keine synodale Mitwirkung bei der Pfarrstellen-Errichtung, -Besetzung oder Aufhebung vor.

Das hat sich mittlerweile in der Evangelischen Kirche im Rheinland verändert. Die Landessynode 2007 hat den Kreissynoden in diesen Fragen entscheidende Aufgabe zugewiesen. Die Kreissynodalvorstände sind verpflichtet, den Synoden eine Pfarrstellenkonzeption für den Kirchenkreis vorzulegen, die diese beraten und beschließen müssen. Die Landeskirche hat das Instrument der Personalplanung installiert und gibt Rahmendaten vor. Verantwortlich für die Entwicklung der Pfarrstellen in einem Kirchenkreis ist die Gemeinschaft der Gemeinden, repräsentiert durch die Kreissynode.

Auf diesem Hintergrund hat der KSV bereits im vergangenen Jahr eine Arbeitsgruppe Rahmenkonzeption einberufen, in der alle Gemeinden und inzwischen auch Funktionspfarrstellen vertreten sind. Diese hat bisher dreimal getagt. Zur Zeit arbeiten zwei Kleingruppen, die ihre Ergebnisse bis Ende Januar vorlegen werden.

Gegenüber der ursprünglichen Vereinbarung in der AG Rahmenkonzeption ist unterdessen eine Veränderung eingetreten. Für die Untergruppe, die die konzeptionellen Vorgaben machen soll, hatten sich nur 5 Personen gemeldet, davon zwei KSV-Mitglieder. Um diese schmale Basis zu verbreitern, ist der Kreissynodalvorstand als Ganzer in diese Gruppe eingestiegen. Er muss ohnehin bei der Sommersynode 2009 die Konzeption vorlegen. Eine frühe Abstimmung ist deshalb nur von Vorteil.

Ich berichte jetzt über die landeskirchlichen Vorgaben und Tendenzen, die sich in der Beratung vor Ort abzeichnen.

## **2.2. Landeskirchliche Rahmenbedingungen**

### **2.2.1. Die Zahlen**

Für das Jahr 2015 wird in den landeskirchlichen Berechnungen für den Kirchenkreis Wied eine Gesamtgemeindegliederzahl von 41.689 prognostiziert. Das bedeutet einen Rückgang um ca. 9,13% gegenüber 2008. Der Rückgang der Gemeindegliederzahlen im Zeitraum 1995–2008 betrug in unserem Kirchenkreis 6,21%.

Aktuell schätzt die Landeskirche die Entwicklung der Gemeindegliederzahlen etwas positiver ein. Drei Faktoren werden zur Begründung angeführt. Das Verhältnis Austritte/Eintritte hat sich von 3:1 auf 2:1 verbessert. Die Wanderungsbewegungen in der Republik werden (für das rheinische Kerngebiet) positiver. Die Lebenserwartung wird sich weiter erhöhen. Der erste und der letzte Faktor sind für die kirchlichen Einnahmen nahezu irrelevant. Der mittlere begünstigt die städtischen Zentren in Nordrhein-Westfalen, nicht die ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz. Sicherheitshalber sollten wir demnach bei der schlechteren Prognose bleiben.

Dass Nordrhein-Westfalen von den Wanderungsbewegungen profitiert, wird durch Beobachtungen in unserem Kirchenkreis gestützt. Obwohl wir im Ganzen seit mindestens 10 Jahren ei-

nen Rückgang bei den Gemeindegliederzahlen verzeichnen, gibt es eine Art „nördlichen Speckgürtel“. Gemeinden mit Zugewinnen sind die Trinitatiskirchengemeinde, Waldbreitbach und Honnefeld, die an Nordrhein-Westfalen angrenzend am dortigen Trend teilhaben und durch die Nähe zur Autobahn auch für Zuzüge attraktiv sind<sup>2</sup>. Die Kirchengemeinde Engers ist die Ausnahme: auch sie hat wachsende Zahlen. Bei der perspektivischen Betrachtung sind diese Tendenzen im Auge zu behalten.

Eine weitere Vorgabe der Landeskirche ist die zugrunde gelegte durchschnittliche Gemeindegliederzahl von 2011 Gemeindeglieder pro nicht refinanzierter Pfarrstelle. Auf dieser Grundlage könnten in Wied 22,93 Pfarrstellen errichtet und besetzt werden. Wird die aktuelle Verteilung der Pfarrstellen auf diesem Hintergrund betrachtet, ergeben sich eine Reihe von Feststellungen, die zusammengenommen einen Planungsrahmen bis zum Jahr 2015 darstellen.

Über das Jahr 2015 hinaus verzichtet die Landeskirche vorläufig auf Prognosen, weil die erforderlichen Grundannahmen zu viele Unsicherheitsfaktoren enthalten. Es müsste zu oft nachjustiert werden. Sie geht jedoch weiterhin davon aus, dass es im Jahr 2030 in der EKIR nur noch 800 beamtete Pfarrstellen geben wird (gegenüber aktuell 1.451,3 „Vollbeschäftigungseinheiten“ und 1.976 Personen im Jahr 2008 – ohne Wartestand und mbA).

Bei der landeskirchlichen Prognose ist das Finanzaufkommen nicht berücksichtigt worden. Uns allen ist – hoffe ich – klar, dass dieses erhebliche Auswirkungen auf den Umfang des Pfarrdienstes hat, den ein Kirchenkreis vorhält.

### **2.2.2. Der „Personalmix“**

Mein Schwerpunkt bisher und schon in früheren Berichten liegt auf dem pastoralen Dienst. Das entspricht der landeskirchlichen Betrachtungsweise. Auch dort konzentrieren sich die Überlegungen und Planungen auf die Pfarrstellen. Das hat Gründe, und es hat erhebliche Nebenwirkungen.

Der wesentliche Grund ist, dass die Landeskirche nur den Pfarrdienst steuern kann. Sie ist Anstellungsträgerin für die Theologinnen und Theologen. Bei allen übrigen Berufsgruppen liegt die Anstellungsträgerschaft ganz oder überwiegend bei Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, Verbänden und Einrichtungen. Für die landeskirchliche Ebene gibt es wenige oder keine Einwirkungsmöglichkeiten.

In den landeskirchlichen Ausschüssen wird gegenwärtig ein Papier über Personalplanung und Personalentwicklung diskutiert, in dem die Palette kirchlicher Berufsgruppen vorgestellt und ihre Bedeutung für Evangelische Kirche im Rheinland beschrieben wird. Dazu gibt es Empfehlungen für die Weiterentwicklung dieser Berufe. Unter der Überschrift Dienstgemeinschaft soll dieses Papier ein Gesamtbild kirchlicher Arbeit ermöglichen.

Schon ein kurzer Blick zeigt, dass dieser Anspruch hoch und schwer einzulösen ist. Denn das Feld ist unübersichtlich und komplex. Ob Mitarbeitende in der Kinder- und Jugendarbeit, in der Senioren-, Familien- und Erwachsenenbildung, ob Mitarbeitende im Küster- oder Hausmeisterdienst, in Kirchenmusik und Verwaltung, pädagogisch Mitarbeitende in den Kindertageseinrichtungen oder Lehrende an kirchlichen Schulen und Hochschulen dazu noch die diakonischen Arbeitsbereiche in Krankenhäusern und Sozialstationen: die Rahmenbedingungen dieser Berufsgruppen, Ausbildung, Refinanzierung, staatliche Gesetzesgrundlagen unterscheiden sich stark voneinander. Zum Teil differieren sie nach Bundesländern und Rechtsform ihrer Träger noch einmal. Die Komplexität verdeckt die Dramatik, mit der Stellen von der sinkenden Finanzkraft ihrer kirchlichen Arbeitgeber bedroht sind.

---

<sup>2</sup> Das wird gestützt durch die Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz in der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz 2020. Zweite kleinräumige Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“. Diese weist für den Stützzeitraum 2001-2006 eine Zunahme der Bevölkerung von 0-2% in den Verbandsgemeinden Unkel, Linz und Puderbach, zwischen 2-4% in den Verbandsgemeinden Asbach und Waldbreitbach aus. Die Verbandsgemeinden Bad Hönningen, Rengsdorf und Dierdorf sowie die Stadt Neuwied hatten in diesem Zeitraum eine Abnahme von 0-2% zu verzeichnen. In der Prognose gibt die Berechnung für den Zeitraum 2006-2020 für die Verbandsgemeinden Asbach und Waldbreitbach ein Wachstum von 0-4%. Die Verbandsgemeinde Bad Hönningen und die Stadt Neuwied verlieren zwischen 4 - 8%, alle übrigen Verbandsgemeinden zwischen 0 – 4%.

Um die grundlegende Problematik zwischen Pfarrdienst und anderen Berufsgruppen sichtbar zu machen, genügen zwei Zahlen aus dem Szenario 2030 der Pfarrstellenplanung. Für die Besoldung, Vergütung und Versorgung der Pfarrfrauen und Pfarrer werden (ohne Versorgungssicherungsumlage) im Jahr 2008 32,76% der Kirchensteuereinnahmen aufgewendet (42,96% einschließlich der Versorgungssicherungsumlage). Im Jahr 2015 werden für die Besoldung, Vergütung und Versorgung der Pfarrfrauen und Pfarrer (ohne Versorgungssicherungsumlage) 38,94 % der Kirchensteuereinnahmen erforderlich sein (47,19% einschließlich der Versorgungssicherungsumlage). Sinken die Einnahmen schneller, werden die Anteile für den Pfarrdienst noch höher ausfallen.

Es liegt auf der Hand, welche Folgen das für die anderen kirchlichen Arbeitsfelder und die Mitarbeitenden hat und haben wird. Steigende Anteile hier haben unmittelbar sinkende Anteile dort zur Folge. Für Gemeinden, in denen der Pfarrer oder die Pfarrerin ohnehin die einzige Hauptamtlichen sind, mag das vernachlässigbar erscheinen. Kirchenkreise und Gemeinden, die durch Kindertageseinrichtungen oder diakonische Arbeitsfelder, durch Bildungseinrichtungen oder hauptamtliche Jugendarbeit ein breiter gefächertes Angebot hauptamtlicher Arbeit vorhalten, werden sofort begreifen, welcher Verlust mit der Einsparung anderer Berufsgruppen einhergeht, die selbst bei sehr gutem Willen ehrenamtlich nicht zu ersetzen sind.

Auch wenn ich daraus nicht direkt praktische Folgerungen ableiten kann, muss uns das bei allen Diskussionen über den Pfarrdienst deutlich vor Augen stehen.

### **2.3. Fortschreibung der Pfarrstellenkonzeption 2009-2015**

#### **2.3.1. Bereiche gemeindlicher Zusammenarbeit**

Zurück zum Pfarrdienst im Kirchenkreis Wied. Im Folgenden beziehe ich mich auf die „Pfarrstellenprognose 2015 für den KK Wied Stand 2008-10-08“, die auf der Rückseite der Gliederung zum Superintendentinnen-Bericht abgedruckt ist. (ev. Aufbau erläutern)

Betrachtet man die Kirchengemeinden unter der Voraussetzung der landeskirchlichen Vorgabe jede für sich, erreicht keine den im Jahr 2015 erforderlichen Stand punktgenau. Alle haben entweder „Überhänge“ oder „Fehlbedarf“. Betrachtet man in einem zweiten Schritt benachbarte Kirchengemeinden, die pfarramtlich bereits zusammenarbeiten oder eine solche Zusammenarbeit planen, ändert sich das Bild. Altwied/Niederbieber, Anhausen/Honnfeld und Dierdorf/Raubach erreichen zusammen gesehen als Zwei-Pfarrstellen-Einheiten genauer den Umfang pfarramtlichen Dienstes, der ihnen zuzuschreiben ist.

Engers und Rengsdorf haben als Einzelpfarrstellen schon immer einen Fehlbedarf, den auch die neue Rechnung ausweist. Nach Einsparung einer halben Stelle gilt das jetzt auch für Feldkirchen. Der Fehlbedarf in der Trinitatiskirchengemeinde liegt deutlich bei einer halben Stelle.

Einen „Überhang“ haben die Einzelpfarrstellen Oberbieber, Marktkirche und Urbach, sowie Puderbach und die Friedenskirchengemeinde als Mehrpfarrstellengemeinden. Der Überhang in Friedenskirchengemeinde und Marktkirche zusammen liegt bei etwa einer halben Stelle.

#### **2.3.2. Grundfragen**

An dieser Stelle ergeben sich grundlegende Fragen.

1. Genügt es, wenn wir die Pfarrstellenkonzeption fortschreiben, d.h. an die insgesamt abnehmenden Gemeindegliederzahlen, die Wanderungsbewegungen der Gemeindeglieder und die sinkenden Einnahmen anpassen? Oder gibt es Gründe, an der Strategie etwas zu ändern? M.a.W.: Ist es erforderlich, den pastoralen Dienst (und die übrigen hauptamtlichen Arbeitsfelder) insgesamt neu zu betrachten und neu zu ordnen?

In der Diskussion des Kreissynodalvorstands mit den Mitgliedern der AG Rahmenkonzeption hat sich herausgestellt, dass das nicht alternativ entschieden werden kann. Wir werden bei den nächsten anstehenden Entscheidungen schrittweise auf dem begonnenen Weg weitergehen. Wir müssen parallel dazu den Kirchenkreis insgesamt ins Auge fassen und eine Perspektive entwickeln, wie Gemeinden und Gemeindeleben im Jahr 2015 oder 2020 aussehen soll und wie ein Pfarrdienst organisiert sein muss, der den Möglichkeiten der Gemeinden und ihren Erfordernissen entspricht.

2. Soll der rechnerisch für den Kirchenkreis Wied mögliche Rahmen von 22,93 Pfarrstellen bis 2015 ausgeschöpft werden? Oder ist es gewünscht, die bereits erreichte Reduzierung auf 21,78 konsequent zu halten? Oder sollen wir weiter Stellen reduzieren? Im ersten Fall wäre es möglich, eine volle Pfarrstelle neu zu besetzen. Davon könnten 50% Dienstumfang für die Trinitatiskirchengemeinde eingesetzt und 50% für die Krankenhauseelsorge in Reserve gehalten werden für den Fall, dass mbA-Stellen nicht mehr besetzt sein sollten. Die Kosten lassen sich genau beziffern. Eine Pfarrstellenpauschale müsste etwas mehr als 60.000,- € erhöht werden.

Der Kreissynodalvorstand ist mehrheitlich der Meinung, dass der landeskirchlich vorgegebene Rahmen nicht ausgeschöpft werden soll. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage scheint es uns im Gegenteil nötig, weitere Einsparungen vorzunehmen. Das bedeutet in der Konsequenz, der in der Trinitatiskirchengemeinde bestehende Bedarf von ca. 50% einer vollen Stelle soll im Rahmen der derzeit besetzten 21,78 Pfarrstellen ohne neue Kosten gedeckt werden. Welche Möglichkeiten es dafür gibt, wird die Arbeitsgruppe im Januar diskutieren müssen.

3. Eine Frage, die in der Rahmenkonzeption beantwortet werden soll, betrifft das Verhältnis von Gemeindepfarrstellen und Funktionspfarrstellen. Wir haben gegenwärtig im Pfarrdienst einen Anteil von 11% Funktionspfarrstellen, 89 % Gemeindedienst. Soll dieses Verhältnis gehalten, erhöht oder reduziert werden?

Zur umfassenderen Wahrnehmung sei daran erinnert, dass es automatische Veränderungen gibt. Wenn wir Gemeindepfarrstellen abbauen und im Funktionsdienst nichts verändern, erhöht sich dessen Anteil. Wenn wir im Funktionsdienst abbauen, sind die Verluste überproportional. Wenn wir uns entscheiden, funktionale Dienste zu erhöhen, kann das nur zu Lasten des Gemeindedienstes geschehen. Wie bei den kleinen Einrichtungen im Kirchenkreis fällt dann u.U. sofort ein ganzer Arbeitsbereich weg. Abgesehen von der Diakoniepfarrstelle wären außerdem immer Nachbarkirchenkreise betroffen, mit denen wir Stellen gemeinsam tragen.

4. Hier muss ich die Alternative aus der ersten Frage wieder aufnehmen. Es wird ein Zeitpunkt kommen, an dem die Fortschreibung unserer bisherigen Sparmethode keinen Sinn mehr hat. Spätestens dann stellt sich die Frage nach einer veränderten Aufgabenstellung im Pfarrdienst oder einer drastischen Veränderung im Zuschnitt der Gemeinden. Für mich ist es keine befriedigende Aussicht, die Dinge bis dahin laufen zu lassen, wie sie eben zufällig laufen. Die Erfahrungen mit Niederbieber und Altwied machen mich zuversichtlich, dass alternative Aufgabenverteilungen möglich und hilfreich sind. Die Engführung unseres Blickes auf eine – nämlich je meine eigene - Gemeinde bedeutet heute schon Stillstand, und es bedeutet, irgendwann zu Maßnahmen gezwungen zu werden, auf die man weder äußerlich noch innerlich vorbereitet ist.

Wenn wir vermeiden wollen, müssen wir uns je früher, desto besser fragen, wie wir uns bei Ernstnehmen der uns bekannten Fakten die Zukunft unserer Gemeinden und des Kirchenkreises vorstellen? Wie wollen wir als Gemeinden und als Hauptamtliche im Kirchenkreis Wied – sagen wir: - im Jahr 2015 oder 2020 zusammen arbeiten? Mit welchen/r Partner (- gemeinde)n möchten wir gern, möchten wir enger, möchten wir in welchem konkreten Arbeitsfeld zusammenarbeiten? Und: Wie stellen wir uns den Weg dahin in Schritten vor? Wie können gemeindliche und übergemeindliche Aufgaben bewusster kombiniert und gesteuert werden?

Wem das hilft, der kann sich die umgekehrte Kontrollfrage stellen, ob er oder sie meint, dass die eigene Kirchengemeinde in sechs oder zehn Jahren noch genauso aussieht und funktioniert wie heute – unter den schon jetzt sichtbar veränderten Rahmenbedingungen? Was wird – wenn wir ehrlich sind – noch Bestand haben? Was sehen wir verschwinden?

## **2.4. Wechsel in Pfarrstellen**

### **2.4.1. Kirchengemeinde Dierdorf**

Mit Ablauf des Monats Januar ist Pfarrer Seidler aus dem aktiven Pfarrdienst ausgeschieden und in die Ruhephase der Altersteilzeit eingetreten. Daraus folgte für den Kirchenkreis ein Wechsel im Amt des Synodalassessors und in der Kirchengemeinde ein Wechsel in der Pfarrstelle. Vom Kirchenkreis spreche ich noch. Hier ist der Ort für die Kirchengemeinde.

Obwohl langfristig geplant und sorgfältig vorbereitet, erwiesen sich Bewerbungs- und Wahlverfahren als problematisch. Klar war, dass die Stelle im vollen Umfang freigegeben werden konnte. Zeitlich lief das Verfahren parallel zu den Vorbereitungen der Presbyteriumswahlen, was sich im Lauf der Zeit als schwierig erwies. Auf die freie Ausschreibung gingen 18 Bewerber

bungen ein, sechs davon kamen in die engere Auswahl und vier mündeten in Gespräch, Predigt und Katechese. Eine Bewerbung wurde in dieser Phase aus persönlichen Gründen zurückgezogen. Danach stellte sich heraus, dass keiner der Bewerber die für eine Pfarrwahl erforderliche Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Ich habe daraufhin den bereits angesetzten Termin für die Pfarrwahl wieder abgesetzt.

Das Presbyterium hat in der Folge auf eine neuerliche Ausschreibung verzichtet und die Landeskirche gebeten, geeignete Personen vorzuschlagen. Diese haben dasselbe Verfahren durchlaufen wie im ersten Durchgang. Der Wahltermin konnte auf den 17. Februar festgesetzt und durchgeführt werden. Gewählt wurde Pfarrerin Birgit Otto, die zum 01. Mai die Stelle angetreten hat und am 08. Juni in ihr Amt eingeführt wurde.

#### **2.4.2. Kirchengemeinde Feldkirchen**

In demselben Bemühen, Pfarrwahl und Presbyteriumswahlen zeitlich auseinander zuhalten, hat das Verfahren für die Kirchengemeinde Feldkirchen früh begonnen. Hier stellte sich bald heraus, dass eine volle Freigabe der durch den Ruhestand von Pfarrer Simon zum April 2008 freiwerdenden Stelle nicht in Frage kommen würde. Deshalb wurde die Stelle im Umfang von 50% eines vollen Dienstes ausgeschrieben, allerdings mit der Aussicht, sie durch Religionsunterricht am Werner-Heisenberg-Gymnasium in Neuwied auf einen vollen Umfang aufstocken zu können. Der Schulreferent des Kirchenkreises, Pfarrer Autschbach, hatte den Engpass im WHG seit längerem im Auge und war froh, dass sich durch die Kombination eine Lösung ergab. Er hat zügig und effizient die Verhandlungen mit der Schulaufsicht geführt und an dem Bewerbungsverfahren in der Gemeinde teilgenommen.

Weil die Stelle nur im eingeschränkten Umfang ausgeschrieben war, war die Zahl der Bewerbungen gering. Alle vier Bewerbungen führten zu Gespräch, Predigt und Katechese. Am Ende wurde Pfarrer Jörg Eckert aus Ellern in die Pfarrstelle gewählt. Er hat bereits seit Februar am WHG unterrichtet. Seit 01. April ist er Pfarrer in Feldkirchen. Die Einführung war am 05. Mai 2008.

Presbyterium und Kirchengemeinde müssen sich jetzt nicht nur auf eine neue Person einstellen, sondern auf eine neue Sachlage. Mit Pastor im Sonderdienst Missal und Pfarrer Simon sind innerhalb weniger Monate zwei Personen im vollen Dienst ausgeschieden. Dafür ist eine Person mit halbem Dienstumfang neu gekommen. Der Gemeindebrief II/2008 titelt deshalb nicht zu Unrecht „Aus drei Pfarrern werden anderthalb“. Beide Kollegen müssen ihre Arbeit neu organisieren und die Gemeinde sich daran gewöhnen, dass vieles nicht mehr von den Pfarrern getan werden kann, was bisher selbstverständlich zu ihrem Dienst gehörte. Das ist für alle Seiten ein schmerzhafter, aber unumgänglicher Prozess. Je ehrlicher und klarer sich alle die Fakten bewusst machen und sich darauf einstellen, desto besser. Es hilft niemandem, von vergangenen Zeiten zu schwärmen und damit Unzufriedenheit zu schüren und Druck auf Menschen zu legen, die ihr Bestes tun.

#### **2.5. Gemeindedienst Mission und Ökumene (GMÖ)**

In diesem Jahr ist Pfarrer Joachim Dührkoop acht Jahre in der Pfarrstelle für Mission und Ökumene Region Mittelrhein-Lahn. Laut Satzung und als landeskirchliche Pfarrstellen sind die GMÖ-Stellen auf acht Jahre befristet, können aber verlängert werden. Im vergangenen Jahr hat das Kuratorium des Gemeindedienstes das Verfahren zur Verlängerung der Stelle eingeleitet. Es stellte sich allerdings heraus, dass die Befristung in den Berufungsurkunden mehrerer GMÖ-Pfarrer nicht ausdrücklich vermerkt ist. Das bedeutet, dass die Stelleninhaber den Anspruch auf unbefristete Anstellung geltend machen können und das Verfahren überflüssig ist. Wir haben es nach Bekanntwerden der Fakten umgehend eingestellt. Herr Dührkoop arbeitet damit unbefristet als GMÖ-Pfarrer in unserer Region.

Ich sage an dieser Stelle aber auch ausdrücklich, dass sich alle betroffenen Ökumene- und Partnerschaftsausschüsse, die Kreissynodalvorstände der Region und nicht zuletzt Herr Dührkoop selbst für eine Fortsetzung seines Dienstes ausgesprochen haben.

#### **2.6. mbA-Stelle Krankenhausseelsorge**

Teil der Personalplanung der Landeskirche ist die Errichtung und Besetzung von Pfarrstellen mit besonderem Auftrag (mbA-Stellen). Diese werden einmal für Personen eingerichtet, die aus befristeten Pfarrstellen kommen und nicht sofort in bestehende Stellen gewählt werden, und

zweitens für Menschen, die im Wartestand waren und ein Auswahlverfahren bestanden haben. In meinem Bericht vor der Herbstsynode 2007 habe ich die Hintergründe ausführlich beschrieben. Der Klarheit halber ergänze ich, dass mit dem Einsatz der mbA-Stellen die Beschäftigungsaufträge für Pfarrerinnen und Pfarrer im Wartestand komplett eingestellt werden.

Dem Kirchenkreis Wied steht nach einem bestimmten Schlüssel eine mbA-Stelle mit 100% Dienstumfang zu. Der Kreissynodalvorstand hat den Einsatz dieser Stelle festzulegen. Da wir der Synode gegenüber im Wort sind, für eine seelsorgliche Betreuung der Krankenhäuser in der Stadt Neuwied zu sorgen, haben wir ein dahingehendes Stellenprofil eingereicht. Aus unserem Bereich haben Pfarrerin Dorothea Krüger-Sandmann und Pfarrer Martin Feuersänger das Auswahlverfahren bestanden. Sie haben beide jeweils Anspruch auf eine halbe Stelle und wurden von der Landeskirche mit je 50% eines vollen Dienstumfangs in die von uns beantragte mbA-Stelle eingewiesen. Sie haben im Eröffnungsgottesdienst die Einführung der beiden in den Dienst in der Krankenhauseelsorge erlebt.

Für Pfarrerinnen und Pfarrer in mbA-Stellen gilt, dass sie gehalten sind, sich auf reguläre Pfarrstellen zu bewerben. Die derzeitige Einweisung ist für maximal sechs Jahre gedacht. Wir sind dann ungefähr im Jahr 2015. Bis dahin werden neue Rahmendaten der Landeskirche neue Fragen stellen und nach neuen Lösungen rufen. Es hat wenig Sinn, jetzt darüber hinaus zu spekulieren.

### **3. Gemeinden**

#### **3.1. Presbyteriumswahlen**

Am 24. Februar haben in der Evangelischen Kirche im Rheinland Presbyteriumswahlen stattgefunden. Von den 16 Kirchengemeinden im Kirchenkreis Wied liegen die Daten von 15 Gemeinden vor. Wenn ich also jetzt ein bisschen Statistik aufblättere, beziehen sich die Angaben nur auf 15 Gemeinden mit zusammen 29 Wahlbezirken. Davon lagen nur in 14 Bezirken Listen vor, die mehr Namen enthielten als Stellen zu besetzen waren. In 15 Bezirken fand keine Wahl statt – das ist mehr als die Hälfte. Nur in drei Gemeinden lag eine ausreichende Mitarbeitendenliste vor. Zu besetzen waren 150 Presbyteriumssitze plus 16 Mitarbeitendensitze. Dafür standen 168 Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung, ca. 60% Frauen, 40% Männer.

In den 14 Wahlbezirken, in denen gewählt werden konnte, waren 24.625 Wahlberechtigte zur Wahl aufgerufen. Die Wahlbeteiligung lag durchschnittlich bei 16,4%, wobei Raubach mit 27,2% das eine Ende und die Marktkirche mit 10,2% das andere Ende der Skala bilden; wohlgermerkt von der Hälfte, die überhaupt eine Wahl zustande gebracht hat.

Nur zwei Gemeinden – Waldbreitbach und Engers - haben die allgemeine Briefwahl durchgeführt. Da Engers diejenige ist, von der die Daten noch nicht vorliegen, bezieht sich das Folgende nur auf Waldbreitbach. 74 % der hier abgegebenen Stimmen wurden durch Briefwahl abgegeben, während der Anteil der Briefwählerinnen und –wähler sonst im Kirchenkreis zwischen 10% und 25% lag.

Verglichen mit der Wahl im Jahr 2004 waren 17,4% weniger Menschen wahlberechtigt. Diese Zahl kommt nicht durch Mitgliederschwund zustande, sondern durch die geringere Zahl der Wahlbezirke, in denen gewählt werden konnte. Der Rückgang führt zu dem merkwürdigen, aber logischen Ergebnis, dass die absolute Zahl der Wählerinnen und Wähler zwar gesunken ist, die Wahlbeteiligung jedoch um 1,5% höher lag als bei der letzten Wahl.

In den neu zusammengesetzten Presbyterien arbeiten 147 Presbyterinnen und Presbyter mit, 59,2 Prozent davon Frauen. Bezieht man die Mitarbeitenden mit ein, sind es 159 Personen und davon 60,4% Frauen. 98 Personen davon sind wiedergewählt, 49 Presbyteriumsmitglieder sind neu dabei. Und zum guten Schluss noch ein bisschen Altersstatistik: 4 Presbyter(innen) sind in der Altersgruppe 18-29 Jahre, 35 Personen in der Altersgruppe 30-44 Jahre, 63 Personen in der Altersgruppe 45-60 Jahre und 45 in der Altersgruppe 61-74 Jahre.

Einen Einspruch gegen die Wahlen gab es in der Kirchengemeinde Engers, er konnte in der Sache abgewiesen werden.

Der Synodale Bildungsausschuss hat im September einen Studientag für alt gediente und neu gewählte Presbyteriumsmitglieder durchgeführt. Es wurde Gelegenheit geboten, Einrich-



tungen des Kirchenkreises kennen zu lernen. Dieser Tag wurde gut angenommen und als gelungenes Angebot bewertet.

Ich wünsche den neu zusammengesetzten Presbyterien, dass sie mit Freude und Zuversicht an die Arbeit gehen und Altbewährtes mit neuen Ideen in einer guten Weise verbinden können. Ich hoffe, dass sie fair und offen miteinander arbeiten und sich der Verantwortung bewusst sind, die sie in diesen Zeiten der Veränderung auch über die eigene Gemeinde hinaus für das Ganze haben.

### **3.2. Gottesdienste**

In der Kirchengemeinde Urbach sind Gottesdienste aus besonderen Anlässen an Samstagabenden anstelle von Sonntagmorgen erprobt worden. Es waren ca. 4 bis 5 Gottesdienste im Jahr. Die Gemeinde nimmt das Angebot dankbar an, die Gottesdienste sind gut besucht. Das Presbyterium bewertet die Erfahrungen ausgesprochen positiv, deshalb hat es beschlossen, diese Form in besagtem Umfang dauerhaft einzuführen.

Das Presbyterium Waldbreitbach hat dasselbe Modell eingestellt, weil die Resonanz während der dreijährigen Probephase nicht hoch war. Ab Anfang 2008 werden dort keine Samstagabendgottesdienste stattfinden.

Bedingt durch die Fusion mit Hönningen hat die Trinitatiskirchengemeinde einen neuen Gottesdienstplan für den Pfarrbezirk Linz/Bad Hönningen zur Erprobung beschlossen. Dieser sieht vor, dass die sonntäglichen Gottesdienste künftig im wöchentlichen Wechsel zwischen Linz und Bad Hönningen jeweils um 10.00 Uhr stattfinden. Familiengottesdienste können auch um 11.00 Uhr beginnen. Zusätzlich findet am 1. Sonntag des Monats ein Gottesdienst um 9.00 Uhr in Rheinbrohl statt und am 2. Sonntag des Monats um 11.15 Uhr in der Kapelle des Rheinwaldheimes. Besondere Gottesdienste sollen im Laufe des Kirchenjahres wechselweise auf die beiden Hauptpredigtstätten Linz und Bad Hönningen verteilt werden. Dieser Plan entspricht der seit vielen Jahren im anderen Pfarrbezirk zwischen Unkel und Rheinbreitbach geübten Praxis. Das Erprobungsjahr hat im Februar 2008 begonnen. Das ist sowohl für Linz als auch für Hönningen eine gravierende Veränderung, im Blick auf die verminderten Ressourcen aber eine vernünftige Entscheidung.

### **3.3. Baumaßnahmen**

Mit finanzieller Unterstützung des Kirchenkreises sind folgende Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Gang. Die Kirchengemeinde Feldkirchen saniert ihr Gemeindehaus von Grund auf. Unter Einbeziehung alter Bauteile ist ein komplett neues Konzept in der Umsetzung. Im Erdgeschoss des alten Pfarrhauses sind die Büroräume eingezogen, der ehemalige Zwischenbau wird neu gestaltet und ein neuer Saal angebaut. Die Kosten können nur durch Grundstücks- und Gebäudeverkäufe aufgebracht werden.

In der großen Trinitatiskirchengemeinde sind Baumaßnahmen an sieben gemeindlichen Gebäuden erforderlich, die zum Teil aus Mitteln des innersynodalen Finanzausgleichs unterstützt werden.

In der Kirchengemeinde Urbach steht die Sanierung des Kirchturms an.

### **3.4. Kindergärten - Auch ein Weg von tausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt?**

Im vergangenen Jahr habe ich Ihnen an dieser Stelle von Gesprächen der Kirchengemeinden in der Stadt Neuwied mit Ausnahme von Feldkirchen berichtet, die Trägerinnen von Kindertageseinrichtungen sind. Es ging dabei um die Gründung eines Kindergartenverbandes, in dem die Einrichtungen zusammengeschlossen und gemeinsam geführt werden. Ende vergangenen Jahres waren Satzung, Leitlinien und Nutzungsvereinbarungen für die Gebäude fertig gestellt und in den Presbyterien vorberaten. In der letzten Entscheidungsrunde hat das Presbyterium der Marktkirche den Beitritt abgelehnt.

Es gibt Folgen auf verschiedenen Ebenen. Einmal sind zwei Jahre intensiver – und bis zum Januar auch einvernehmlicher - Arbeit vertan. Wir stehen wieder an derselben Stelle wie vor fünf Jahren. Des Weiteren sind höhere Zuschüsse der Stadt für dieses Jahr auf jeden Fall, vielleicht auch für das nächste verschenkt. Sollen wir in der Frage der Zuschüsse weiterkommen, werden neue Verhandlungen und Berechnungen erforderlich; und das heißt: erneuter Einsatz und Zeit von haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden. Wir scheinen viel davon zu haben.

Verschenkt ist auch die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln, solange die finanzielle Situation noch nicht extrem angespannt ist. Deshalb werden die Presbyterien Friedenskirchengemeinde, Ober- und Niederbieber zu dritt versuchen, die Verbandslösung umzusetzen, sobald für die Frage der Zuschüsse eine Lösung gefunden ist. Um der Einrichtungen und der zukünftig immer kürzer werdenden gemeindlichen Personaldecke willen gibt es nach Meinung dieser drei Presbyterien zu einer enger organisatorischen Zusammenarbeit keine Alternative. Zur Zeit können wir den „kleinen Verband“ nicht gründen, weil uns dann ein Teil der bereits gezahlten freiwilligen Zuschüsse der Stadt unmittelbar verloren ginge.

Durch die Verhandlungen, die Herr Weber und ich im Zuge der Beratungen für den Verband im Auftrag der Presbyterien mit der Stadt geführt haben, haben wir Zusagen der Stadt erreicht, die wir durch unsere interne Unfähigkeit zur Zusammenarbeit nicht in Anspruch nehmen können. Der finanzielle Schaden ist bezifferbar und erheblich.

### **3.5. Neue Kirchensteuerverteilung**

Durch die Erhebung der landeskirchlichen Umlagen als Pro-Kopf-Umlage ist der Anteil der im Kirchenkreis erhobenen Kirchensteuern an den gemeindlichen Haushalten drastisch gesunken. Nach dem Berechnungsmodell, das wir der Finanzwirtschaft des kommenden Jahres zugrunde legen, verbleiben gerade noch 56,15% unserer Kirchensteuereinnahmen in den gemeindlichen Haushalten, die Aufstockung aus Mitteln des inner- und übersynodalen Finanzausgleichs geht immer stärker auf die 50% zu. Die Berechnung der aus dem Finanzausgleich zugewiesenen Mittel ist kompliziert und erfolgt in mehreren Schritten. Da sie das Ziel hat, den Gemeinden halbwegs vergleichbare Netto-Einnahmen und damit Planungssicherheit zu geben, ergeben sich am Ende Beträge, die einfacher und transparenter durch eine Verteilung der Nettokirchensteuermittel auf der Basis der Gemeindegliederzahlen zu berechnen wären.

Das war der Hintergrund, auf dem im vergangenen Jahr eine Umstellung der Kirchensteuerverteilung auf Pro-Kopf-Beträge vorgeschlagen wurde. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Pfr. Ahrens, und der Leiter der Kreiskirchlichen Verwaltung, Herr Weber, haben in den Presbyterien, die das wünschten, das neue Rechenmodell vorgestellt. Elf Presbyterien haben dem neuen Modell bereits beschlussmäßig zugestimmt (Anhausen, Dierdorf, Honnefeld, Marktkirche, Niederbieber, Oberbieber, Puderbach, Friedenskirchengemeinde, Raubach, Rengsdorf und Waldbreitbach). Das Votum von vier Presbyterien steht noch aus (Altwied, Urbach, Engers, Trinitatiskirchengemeinde).

Das Presbyterium der Kirchengemeinde Feldkirchen hat das Modell abgelehnt. Der Beschluss des Presbyteriums Feldkirchen dazu lautet: „Presbyterium nimmt das Schreiben des Kreiskirchlichen Rentamtes zur „Kirchensteuerverteilung nach Gemeindegliederzahlen“ zur Kenntnis und befasst sich mit den zu diesem Thema in der Kreissynode am 14.08.2008 zur Diskussion vorgelegten Papieren. Nach eingehender Beratung beschließt das Presbyterium unter Abwägung der Vor- und Nachteile des bisherigen und eines neuen Steuerverteilungssystems am alten System der Kirchensteuerverteilung festzuhalten.“

Ich möchte dazu bemerken, dass das Presbyterium weder vom Vorsitzenden des Finanzausschusses noch vom Leiter der Verwaltung noch von der Superintendentin weitere Informationen eingeholt hat. Ich frage mich, ob dem Presbyterium bewusst war, dass es sich bei dem Thema nicht bloß um ein „Schreiben des Rentamtes“, sondern um einen mit Mehrheit gefassten, empfehlenden Beschluss der Kreissynode handelt. Und mir fällt auf, dass man sich nicht einmal die Mühe machen muss, Gründe anzugeben, wenn man ein synodales Anliegen ablehnt, das seinerseits begründet vorgetragen wurde.

Dass man in sachlich gewichtigen Fragen unterschiedlicher Meinung sein kann, halte ich für normal, auch wenn es mir im konkreten Fall schwer fällt, die Folgen geduldig zu ertragen. Aber ich frage mich, was ich davon halten soll, wenn bei Themen, die viele oder alle Gemeinden betreffen, Gremien auf Beratung verzichten und ohne Begründung Prozesse blockieren können, die anderen dringend erforderlich erscheinen. Anfang nächsten Jahres muss der KSV zusammen mit dem Finanzausschuss darüber nachdenken, wie wir mit den Presbyteriumsbeschlüssen - ich sage ausdrücklich auch den zustimmenden Beschlüssen! - umgehen werden.

Ich sage an dieser Stelle aber offen, ich weiß nicht, wie wir jetzt und in Zukunft den sich verändernden Bedingungen sinnvoll begegnen wollen, wenn bei grundlegenden Entscheidungen die kleinst mögliche Minderheit die Einsicht und den Willen der Mehrheit in Luft auflösen kann.

Die beiden zuletzt besprochenen Themen machen die Schwäche der presbyterial-synodalen Ordnung rheinischer Prägung sichtbar, die Selbstblockade, mit der einzelne eine Mehrheit oder einen ganzen Kirchenkreis belegen können.

## **4. Kirchenkreis**

### **4.1. Diakonie im Südrhein**

Es ist ein schwacher Trost: Das Phänomen ist nicht auf unseren Kirchenkreis begrenzt. Konsequenz und geordnete Zusammenarbeit ist auch auf anderen Ebenen so nötig wie schwierig.

Vor einigen Jahren wurde die Verbindungsstelle des Diakonischen Werkes im Rheinland im Südrhein (d.h. in Koblenz) geschlossen und die diakonische Interessenvertretung ins Evangelische Büro bei der Landesregierung in Mainz verlegt. Die Vertretung der diakonischen Interessen wird seitdem von Pfarrer Bähr, dem Beauftragten der Diakonischen Werke Hessen-Nassau, Pfalz und Rheinland beim Land Rheinland-Pfalz, wahrgenommen. Die diakonische Arbeit der beiden Nachbarkirchen ist zentral organisiert, anders als in den rheinischen Kirchenkreisen, die sechs selbständige, vergleichsweise kleine diakonische Werke betreiben. Hier hat Herr Bähr sozusagen sechs unterschiedliche Ansprechpersonen oder Organisationen. Sie sitzen im rheinischen Teil von Rheinland-Pfalz in jedem einzelnen Diakonischen Werk. Die großen diakonischen Konzerne im Südrhein, Bad Kreuznach und Boppard, betreiben je für sich offensive Lobby-Arbeit. Sie alle müssten genau genommen bei inhaltlichen Abstimmungen abgefragt werden. Das ist kaum durchführbar. Das ist die Situation in Rheinland-Pfalz.

Auch Nordrhein-Westfalen hat sich die Landschaft verändert. Die Diakonischen Werke Rheinland, Westfalen und Lippe gehen in großen Schritten auf eine Fusion zu. Erkennbar richten sich die Aufmerksamkeit und das Interesse unseres eigenen diakonischen Dachverbandes damit noch stärker als bisher auf Land Nordrhein- Westfalen.

Wie können die südrheinischen Kirchenkreise mit ihren sechs Diakonischen Werken eine gemeinsame Interessenvertretung organisieren? Wie können die Kommunikationswege zum Büro Bähr vereinfacht und die Arbeit untereinander besser abgestimmt werden? Wie kann kreiskirchliche Diakonie im Südrhein als solche deutlicher erkennbar werden?

Die Ihnen heute zum TOP 11.3. vorliegende Satzung für den Trägerverbund der Diakonie der Ev. Kirchenkreise in Rheinland-Pfalz ist der Versuch, ein Minimum an Gemeinsamkeit unter den Kirchenkreisen herzustellen, sichtbar und hörbar zu machen. Der Weg dahin war langwierig und mühsam, gebremst auch von Leitungen der Diakonischen Werke selbst, die ihr Heil wie in der Vergangenheit so auch zukünftig nach dem Motto „Klein, aber mein eigener Herr und Anwalt“ suchen. Mehr dazu an entsprechender Stelle.

### **4.2. Rentamt**

Von den Sanierungs- und Umbaumaßnahmen habe ich bereits im vergangenen Jahr berichtet. Hinzugekommen ist in diesem Jahr ein Umbau im Erdgeschoß, der Büros vom Durchgang abtrennt und für die Mitarbeiterinnen ein ruhigeres Arbeiten ermöglicht. Außerdem wurde auf dem Hof im Zuge des Nichtraucher-schutzes ein „Raucherdomizil“ errichtet. Die Hausdruckerei ist in das Erdgeschoß umgezogen und technisch neu ausgestattet worden. Das Angebot ist dadurch erheblich attraktiver geworden.

Durch langwierige Erkrankungen bei den Mitarbeitenden bleibt die personelle Decke kurz und verlangt allen einen hohen Einsatz ab.

Ende 2007 sind zwei Mitglieder der Mitarbeitervertretung im Rentamt zurückgetreten. Die MAV musste daraufhin aufgelöst werden. Es wurde ein Wahlvorstand gebildet, der aber keine Kandidaten für eine Wahl finden konnte. Es gab eine Fragebogenaktion des Wahlvorstands, die Ergebnisse wurden mit der Superintendentin und dem Rentamtsleiter besprochen. Kritische Bewertungen waren so unkonkret formuliert, dass daraus keine weiter gehenden Schlüsse gezogen werden konnten. Andere Angaben bezogen sich auf das Verhältnis der Mitarbeitenden untereinander. Sollte sich auf Dauer keine neue Mitarbeitervertretung konstituieren, wird der Kreissynodalvorstand einmal im Jahr eine Mitarbeiterversammlung einberufen und versuchen, eine solche zu bilden.

### **4.3. Kirchenmusik**

Anfang des Jahres hat die Landeskirche neue Vergütungsregelungen für Kirchenmusik erlassen. Einige Punkte darin sind unbefriedigend gelöst, so dass Kreiskantor Schmidt und Frau Usemann auf dieser Grundlage Richtlinien über Vertretungskosten für Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker im Kirchenkreis Wied entwickelt haben. Der KSV empfiehlt den Gemeinden, diese für ihren Bereich zu übernehmen. Eine gemeinsame Berechnungsgrundlage erspart hohen Verwaltungsaufwand, Missverständnisse und daraus folgend unnötigen Ärger.

### **4.4. Gremien und Arbeitstreffen**

#### **4.4.1. Kreissynodalvorstand**

Das Jahr 2008 begann mit der Einführung des neu gewählten Synodalassessors Wolfgang Eickhoff. Da er dem KSV schon längere Zeit als Skriba angehört hat, ging das Einarbeiten – wenn ich es richtig wahrgenommen habe – schnell und reibungslos. Die Aufgabenverteilung im KSV ist zunächst einmal so geblieben wie bisher. Der Assessor ist für die Visitationen zuständig. Sicher werden wir uns aber nach den Wahlen bei dieser Synode noch einmal neu sortieren müssen.

#### **4.4.2. Vorsitzenden- und Kirchmeistertagung**

Am 16. Mai fand die Vorsitzenden- und Kirchmeistertagung statt. Neben dem Rückblick auf die Finanzen 2007 waren die Planungen für die Substanzerhaltungsrücklage, Gebäudestrukturanalyse, Vor- und Nachteile bei Rahmenverträgen, das Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, die Barkasse im Rentamt und wiederum der Verkauf von Pfarrhäusern Thema.

#### **4.4.3. Pfarrkonvente**

Beim mehrtägigen Pfarrkonvent 04.-08. Februar 2008 haben wir uns im Pastoralkolleg unserer Landeskirche in Wuppertal mit den biblischen Psalmen beschäftigt. Der katholische Alttestamentler Erich Zenger hat uns einen ungewohnten Zugang in die Gebete, Lieder und Weisheitsgedichte eröffnet. Von Kreiskantor Thomas Schmidt haben wir viel über die musikalische und gottesdienstliche Wirkungsgeschichte der Psalmen gehört. Mit der Theologin Klara Butting haben wir einen feministisch-theologischen Blick auf einzelne Psalmen geworfen. Der Religionspädagoge Ingo Baldermann hat uns Möglichkeiten erschlossen, mit Kindern Psalmen zu betrachten.

Themen bei den monatlichen Zusammenkünften waren ein Bericht aus dem Studiensemester von Pfr. Werner Zupp, Abendmahl mit Kindern, Suizidprävention, Kinderarmut und Männerarbeit in der Evangelischen Kirche im Rheinland. Im November werden wir uns mit dem Thema Globalisierung befassen. Im April fand ein gemeinsamer Konvent mit Erzieherinnen aus Einrichtungen des Kirchenkreises statt. Und im Oktober haben wir gemeinsam mit der Dekanatskonferenz des Dekanats Rhein-Wied im Bistum Trier getagt.

### **4.5. Ökumene**

Dabei wurde uns der Strukturplan 2020 des Bistums Trier und seine Umsetzung in unserer Region ab Januar 2009 vorgestellt. Aus 29 Pfarreien, die zum Teil in Pfarreiengemeinschaften zusammen arbeiten, werden 8 pastorale Räume, von denen drei bereits jetzt konstituiert sind. Auch wenn die personelle Ausstattung dieser Mega-Gemeinden mit meistens drei Hauptamtlichen recht gut erscheint, sind die Veränderungen erheblich.

Auch bisher waren die Grenzen evangelischer und katholischer Gemeinden nicht deckungsgleich, was die ökumenische Zusammenarbeit schon organisatorisch kompliziert machte. Die neue Struktur auf katholischer Seite ist demgegenüber eine echte Herausforderung. Die Zahl der Priester wird stark sinken. Die Teams der Hauptamtlichen in den pastoralen Räumen werden nicht gleichberechtigt ihre Aufgaben untereinander verteilen, sondern eher hierarchisch arbeiten. Die leitenden Pfarrer werden die ökumenischen Termine nicht alle persönlich wahrnehmen können. Wie Aktivitäten und Zusammenarbeit dann geplant und durchgeführt werden, muss sich erweisen. Guten Willen und Offenheit für die Probleme nehmen wir bei unseren katholischen Geschwistern deutlich wahr.

Herzlich einladen möchte ich an dieser Stelle zu einem regionalen ökumenischen Ereignis an Pfingsten 2009. Unter dem Thema „GottesDienst: klangvoll – geistvoll – wirkungsvoll“ wer-

den sich Christinnen und Christen aus dem nördlichen Rheinland-Pfalz in der Koblenzer Florinskirche zu einer Eröffnungsveranstaltung treffen. Danach gibt es die Möglichkeit sich an drei Foren zu beteiligen. "klangvoll" heißt das Musikforum in der Florinskirche, "geistvoll": ist das Forum Spiritualität des Gottesdienstes in der Liebfrauenkirche und "wirkungsvoll" das Forum Diakonie und Caritas - Gottesdienst im Alltag der Welt in der Jesuitenkirche. Den Abschluss bildet ein Ökumenischer Gottesdienst um 17 Uhr in der Basilika St. Kastor. Ihre Teilnahme zugesagt haben bisher Präses Nikolaus Schneider und Professor Fulbert Steffensky. Im Terminkalender des kommenden Bischofs von Trier (Bischofssitz z.Z. vakant) ist der Termin des ökumenischen Pfingstfestes ebenfalls vorgemerkt. Für Kinder wird es ein spezielles Programmangebot geben. Das Fest ist bewusst so geplant, dass morgens noch Gottesdienste vor Ort in den Gemeinden bzw. Pfarreien gefeiert werden können, bevor es dann zum Ökumenefest nach Koblenz geht.

Dieses Fest steht in der Tradition des Ökumenefestes 2002 in Koblenz. Damals haben sich katholische und evangelische Christinnen und Christen von Rhein, Mosel und Ahr, Westerwald und Eifel zu einem Tag der Ermutigung auf dem Weg ökumenischer Gemeinschaft versammelt. Das 5jährige Bestehen der Taufvereinbarung zwischen evangelischer und katholischer Kirche war der Anlass, über die Taufe als Band nachzudenken, das uns über Konfessionsgrenzen hinweg unverbrüchlich miteinander verbindet. Als Fortführung haben wir uns dieses Mal für das Thema Gottesdienst entschieden, den Ort, von dem Gottes Segens ausgeht und Menschen be-  
gabt und stärkt.

## **5. Besondere Ereignisse**

### **5.1. Jüdische Gemeinde Neuwied-Mittelrhein**

Am 15. Dezember 2007 fand in der 1858 errichteten Synagoge in Saffig die Gründungsver-  
sammlung der Jüdischen Gemeinde Neuwied-Mittelrhein statt. Sie ist aus einer Gruppe liberaler  
Juden aus der Region Mittelrhein um Dr. Jürgen Riess hervorgegangen. Zur Zeit trifft sich die  
Gemeinde zu regelmäßigen Gottesdiensten, Festen und kulturellen Veranstaltungen in der Saf-  
figer Synagoge, die nach der Renovierung als Mahnmal und Begegnungsstätte konzipiert war  
und auf diese Weise wieder ein Ort jüdischen Lebens geworden ist. Das Zentrum der Gemein-  
de soll aber auf lange Sicht gesehen Neuwied sein, sobald hier geeignete Räumlichkeiten vor-  
handen sind.

Die neue Gemeinde versteht sich als liberale Gemeinde und orientiert sich an dem liberal-  
konservativen Ritus, wie er in der alten Gemeinde in Koblenz im 19. und 20. Jahrhundert bis zur  
Schoa üblich war. Die Gottesdienste werden von Dr. Riess als Vorbeter geleitet. Die Gemeinde  
will ein Ort sein, an dem jüdisches Leben gelernt wird und von dem Impulse für den interreligiö-  
sen Dialog ausgehen können.

Dass es kein einfaches Vorhaben ist, eine Gemeinde aufzubauen, wissen die sicher am bes-  
ten, die sich an diese Aufgabe gemacht haben. Aber der Neuanfang und die Initiative selbst  
sind auch für uns ein Grund zur Dankbarkeit. Wir wünschen der Jüdischen Gemeinde Neuwied-  
Mittelrhein, mit der wir im Glauben an den Gott Abrahams und Moses verbunden sind, den Se-  
gen Gottes, darin eingeschlossen: Wachstum und Dauer.

### **5.2. Muslimische Gemeinden in Neuwied – Interreligiöses Gespräch**

Vor einem Jahr gab es eine heftige öffentliche Diskussion über den geplanten Bau einer Mo-  
schee der Ahmadiyya Muslim Gemeinde in der Matthias-Erzberger-Strasse in Neuwied. Diese  
kleine Gemeinde hat ihre Anliegen auf eine sehr freundliche, aber nachdrückliche Art vertreten  
und sorgt mit ihrer Gesprächsbereitschaft und einer regen Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass das  
Thema Muslimische Gemeinden als selbstverständliche Teile unserer Gesellschaft bei uns im  
Gespräch bleibt. Das ist neu für Neuwied. Zum ersten Mal gibt es ein muslimisches Gegenüber,  
das offensiv das Gespräch sucht und nach Kräften führt. Auch wenn diese Gemeinde unter den  
muslimischen Gruppen nur eine Minderheit vertritt und eine besondere Rolle spielt, hat sie doch  
für unseren Umgang und unser Bewusstsein eine nicht zu unterschätzende Wirkung. Durch sie  
werden hoffentlich auch die anderen muslimischen Gemeinden motiviert, sich zu öffnen.

In der Innenstadt bemüht sich ein „Arbeitskreis Begegnung“ um regelmässige Kontakte unter  
den Glaubensgemeinschaften und um gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen. Eirene ist  
in diesem Kreis maßgeblich dabei und von evangelischer Seite Frau Schänig und Herr Hu-  
wald.

### **5.3. Buch über die Glaubensgemeinschaften in der Stadt Neuwied**

Auf derselben Linie liegt ein Projekt der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Neuwied. Noch in diesem Herbst soll ein Buch über die Glaubensgemeinschaften in Neuwied veröffentlicht werden, in dem sich christliche und muslimische Gemeinden sowie die neue jüdische Gemeinde Neuwied-Mittelrhein vorstellen. Es enthält zwar einen historischen Abriss, will aber ausdrücklich die gegenwärtige Landschaft der Glaubensgemeinschaften vor Ort vorstellen. Natürlich konnten nicht alle Gruppen, die sich als Glaubensgemeinschaften verstehen, erreicht oder für die Mitarbeit gewonnen werden. Aber es ist doch ein weiter Blick, der auf diese Weise eröffnet wird, und für eine Stadt eine ungewöhnliche Art der Selbstwahrnehmung, vielleicht ein neuer Impuls auch für uns als Glaubensgemeinschaften selbst, einander bewusster wahrzunehmen und zu begegnen.

### **6. Ich habe einen Traum**

Geduld ohne Vision ist blind. Deshalb erinnere ich am Ende meines Berichtes noch einmal an den 140. Psalm, der geboren ist aus der Erfahrung lebensbedrohlicher Krisen:

Errette mich, HERR, von den bösen Menschen; behüte mich vor den Gewalttätigen,  
die Böses planen in ihrem Herzen und täglich Streit erregen, ...  
die mich zu Fall bringen wollen. ...  
Ich (aber) weiß, daß der HERR des Elenden Sache führen und den Armen Recht  
schaffen wird. Ps 140, 2-3 und 13

Dieser Vision hat Martin Luther King vor 45 Jahren beim Großen Marsch auf Washington im August 1963 mit eigenen Worten Ausdruck gegeben.

... Ich habe einen Traum, dass eines Tages diese Nation sich erheben wird und der wahren Bedeutung ihres Credo gemäß leben wird: "Wir halten diese Wahrheit für selbstverständlich: dass alle Menschen gleich erschaffen sind ..."

Ich habe einen Traum, dass eines Tages auf den roten Hügeln von Georgia die Söhne früherer Sklaven und die Söhne früherer Sklavenhalter miteinander am Tisch der Brüderlichkeit sitzen können. ...

Ich habe einen Traum, dass meine vier kleinen Kinder eines Tages in einer Nation leben werden, in der man sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrem Charakter beurteilen wird. Ich habe einen Traum - heute ...

Fünf Jahre später fielen die tödlichen Schüsse auf King. Noch einmal vierzig Jahre später wird ein Afro-Amerikaner zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Visionen brauchen Geduld, sonst laufen sie leer.

So möge Gott uns für die Aufgaben, die vor uns liegen, beides schenken, aus der biblischen Hoffnung gewachsene Visionen und die Geduld, die getrost und trotzig macht.

Ihnen danke für Ihre Aufmerksamkeit.